TOP 1

Aktuelles aus Gemeindebund und Städtebund

FLGÖ NÖ – Landesfachtagung & Mitgliederversammlung, 26.08.2026, BVAEB Gesundheitszentrum Resilienzpark Sitzenberg, Sitzenberg-Reidling

Dr. Johannes Schmid (Österreichischer Städtebund) · Mag. Bernhard Haubenberger (Österreichischer Gemeindebund)

Variante: Städtebund links

Rechtsrahmen 2026

1 **Europa & Büro Brüssel** Der normative Rahmen

2 **Aus dem Bund** Nationale Umsetzung & Infrastruktur

3 **Judikatur** Höchstgerichtliche Leitentscheidungen

4 **Internes** Internes & Termine

SÄULE 1: EUROPA & BÜRO BRÜSSEL

Was gibt es Neues? – Europa

Bericht aus dem Büro Brüssel

1

Referenten: Mag. Bernhard Haubenberger (Österreichischer Gemeindebund) · Dr. Johannes Schmid (Österreichischer Städtebund)

SÄULE 1: EUROPA & BÜRO BRÜSSEL

Europa auf einen Blick

- EU-Vergaberechtsreform: Verordnungsentwurf; Aktuelle Entwicklungen bei Inhouse-Vergaben mit Konzernunternehmen
- EU-Entgelttransparenz-RL (EU) 2023/970: Unmittelbare Pflichten für Städte ab 07.06.2026 trotz säumiger nationaler Umsetzung
- EU-Renaturierungsverordnung (EU) 2024/1991: Nationale Wiederherstellungspläne bis 01.09.2026 – Debatten um Copernicus-Satellitendaten
- Reform des EU-Kommunalwahlrechts: Proaktive Informationspflichten für Städte gegenüber mobilen EU-Bürger:innen
- EU-AI Act & Digital-Omnibus: Unabhängigkeitsanforderungen bei KI-Einsatz in der Verwaltung

EUROPA & BÜRO BRÜSSEL · 1.1

Vergaberecht: Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission

“Geleaktes” Dokument; Städtebund und Gemeindebund in Brüssel sind bereits aktiv

- Öffentliche Beschaffungen machen etwa 14 % des EU-BIP aus (rund 2 Billionen Euro); EU-Vergaberecht ist ein wirkungsvoller Hebel
- Revision des Vergaberechts kommt vermutlich als unmittelbar anzuwendende Verordnung
- Alle RL werden zu einem Rechtsakt zusammengefasst (Vergabe, Konzession, Sektoren)
- Keine Erhöhung der EU-Schwellenwerte (5,4 Mio. bei Bauaufträgen; 216.000 Euro bei Liefer-/Dienstleistungen)
- Positiv (Stand heute): Inhouse-Vergabe und öffentl-öffentl Kooperation bleiben als Ausnahmen weitgehend bestehen
- Strenger wird die In-House-Vergabe: die reine formale Rechtsform einer Tochtergesellschaft reicht nicht – keine Ausnahme mehr, wenn kommunale Konzerne private Marktaktivitäten über Töchter auslagern (Entwurf orientiert sich an aktueller EuGH)

EUROPA & BÜRO BRÜSSEL · 1.2

Vergaberecht: EuGH-Urteil zu Inhouse-Vergaben

Rechtssache C-692/23 (EuGH vom 15.01.2026)

- Präzisierung der strengen Ausnahmen für vergabefreie Inhouse-Geschäfte mit Konzern-/Tochterunternehmen
- EuGH verlangt strengere Auslegung von Kontroll- und Wesentlichkeitskriterium bei mehrstufigen Konzernstrukturen
- CEMR-Arbeitsprogramm 2026 warnt vor Verwässerung der Ausnahmen für interkommunale Kooperation

EUROPA & BÜRO BRÜSSEL · 1.3

Entgelttransparenz-RL – Pflichten trotz mangelnder Umsetzung

Rechtsgutachten des Städtebundes zum Stichtag 07.06.2026

- Vertikale unmittelbare Wirkung: Direkte Wirkung gegenüber Städten und kontrollierten kommunalen Unternehmen ab 07.06.2026
- Stellenausschreibungen (Art. 5): Zwingende Angabe des Einstiegsentgelts oder einer Gehaltsspanne
- Recruiting (Art. 5): Absolutes Verbot von Fragen nach früheren Gehältern
- Auskunftsrecht (Art. 7): Anspruch auf Durchschnittsentgelt-Info binnen 2 Monaten
- Geheimhaltungsverbot (Art. 7): Verschwiegenheitsklauseln zum Gehalt sind unwirksam
- Berichtspflichten (Art. 9) und gemeinsame Entgeltbewertungen (Art. 10) erst ab 2027/2031

EUROPA & BÜRO BRÜSSEL · 1.4

EU-Renaturierungs-VO – Stand der Umsetzung

Nationale Pläne in Finalisierung

- Ziel der VO: Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme u.a. in städtischen Grünräumen
- Erhebungen: 467 Gemeinden fallen in den Anwendungsbereich; 45 davon sofort, 422 gelten als besonders grüne Städte (45% Grünfläche und 10% Baumüberschirmung), für Letztere gilt eine Ausnahme bis 2030
- VO ist praxisfremd und konterkariert Reduktion der Flächeninanspruchnahme (grüne Baulücken gelten als grün, Äcker hingegen nicht)
- Wien und Linz fällt in die Ausnahme, ländliche Gemeinde Tollet mit 950 EW nicht
- Betroffen bis 2030 sindGemeinden in Bgld, OÖ, NÖ und Stmk (NÖ: 19 Gemeinden)
- Bis 2030: kein Nettoverlust an Grünfläche und Baumüberschirmung (zwingende Kompensationsmaßnahmen)
- Ab 2031: Aufwärtstrend bei Grünflächen
- Seit 18.08.2024 unmittelbar anwendbar; NWP-Entwürfe bis 01.09.2026 an die EU-Kommission zu übermitteln
- NÖ verweigert Umsetzung der VO (“Schildbürgerstreich“)

EUROPA & BÜRO BRÜSSEL · 1.5

Reform des EU-Kommunalwahlrechts

Neue Informationspflichten für Städte und Gemeinden

- Ziel: Erleichterung des aktiven und passiven Wahlrechts für mobile EU-Bürger:innen bei Kommunalwahlen
- Kernpflicht: Einführung proaktiver, verständlicher und zielgerichteter Informationspflichten durch die Gemeinden
- Umsetzung: Registrierungs- und Antragsverfahren müssen digitaler und barrierefreier gestaltet werden

EUROPA & BÜRO BRÜSSEL · 1.6

KI-VO und Daten-VO in der Kommunalverwaltung

Unabhängigkeitsanforderungen und das Digital-Omnibus-Paket

- AI Act: Politische Einigung zum AI-Omnibus-Paket erzielt
- Kommunale Betroffenheit bei KI-Einsatz (z. B. Verkehrsüberwachung, automatisierte Bescheiderstellung, Personalauswahl)
- Strenge Unabhängigkeits- und Transparenzanforderungen bei Hochrisiko-Systemen
- Digital-Omnibus: Vereinfachung und Zusammenführung digitaler Berichtspflichten für Kommunen

SÄULE 2: AUS DEM BUND

Was gibt es Neues? – Aus dem Bund

2

Referenten: Mag. Bernhard Haubenberger (Österreichischer Gemeindebund) · Dr. Johannes Schmid (Österreichischer Städtebund)

AUS DEM BUND · 2.1

Reformpartnerschaft - Ergebnisse

Vier Bereiche

- Bildung
- Verfassung/Verwaltung/Digitalisierung
- Gesundheit
- Energie

Aufwand

- 20 Gruppen
- 161 Sitzungen
- 476 Stunden

AUS DEM BUND · 2.2

Reformpartnerschaft – Bildung

Elementarpädagogik

- Bund bekommt Kompetenz zu Mindestvorgaben bestimmter Qualitätsstandards (Bundesqualitätsrahmengesetz) und Zielpfade vorzugeben (2. verpflichtendes KiGa-Jahr, Personal-Kind-Schlüssel, Gruppengröße, Ausbildung Assistenzen etc.)
- Verankerung eines nachhaltigen Finanzierungsmodells in der Elementarpädagogik (15a-Mittel, Zukunftsfondsmittel werden zusammengeführt; neben einer Grundfinanzierung soll es zusätzliche Mittel für Qualitätsverbesserungen geben)

Schule

- Bundesweit einheitliche Personalkategorien (Leitung und Administration / Lehrkräfte und Unterstützungspädagogen / Schulpsychologie und Schulsozialarbeit und Schulassistenz / flexibler Abruf weiterer Expertise)
- Alles Personal in eine Hand; Gemeinden bleibt Personal für die schulische Infrastruktur (offen: persönliche Assistenzen)
- Schulärztinnen und -ärzte sind zur Gänze im Gesundheitssektor verortet
- Schulcluster (einfache Schaffung, höhere Zulage, Zustimmungserfordernis Gemeinde bleibt, flexibler Lehrereinsatz)
- Digitale Schulverwaltung (bundesweit SOKRATES mit Opt-In; Entwicklung zahlt Bund; laufende Kosten tragen Bund und Länder
- Verbessertes Datenmanagement (KiGa – Schule) durch Einführung einer bPK in der Elementarpädagogik

AUS DEM BUND · 2.3

Reformpartnerschaft – Verfassung/Verwaltung/Digitalisierung

Verfassung

- Interkommunale Kooperation (flächendeckende MZ-DV, Kooperationsverbände, Beitritt Verbände in VG etc.)
- Abschaffung innergemeindlicher Instanzenzug
- Transparenzdatenbank (alle Förderstellen) – eingemahnt wurde die Berücksichtigung des eAid-Registers
- Bundeszuständigkeit Gesetzgebung Jugendschutz

Verwaltung

- Gesetzesentwurf Novelle Volksbegehren (in weiterer Folge umfassende Wahlrechtsreform)
- Reg.Beschluss Verwaltungsgerichtliches Verfahren (Ermittlungsaufträge, Beschwerderückziehung bei unentschuldigtem Fernbleiben
- VStG-Strafen: QR-Code und strukturierte Zahlungsinformationen, Verwaltungsstrafregister

Digitalisierung

- DadeX: zentrale Datenschnittstelle für Daten- und Registernutzung aller Behörden, Wegfall von Vorlagepflichten
- Digitale Verwaltung (Reg.Beschluss): Chatbots im Verfahren: Zulässig für Antragsformulierung und Manuduktion, No-Stop-Verfahren: Bescheiderlassung ohne Ermittlungsverfahren, vollautomatisierte Erledigungen

AUS DEM BUND · 2.4

Bundesweite Angelegenheiten im Fokus

- Cybersecurity (NISG 2026 & RKEG): Fristenlauf ab 01.10.2026 für kritische Infrastruktur
- Bürokratieabbau bei Volksbegehren
- Finanzierung Eisenbahninfrastruktur
- BVergG & eForms: Zwingende eForms ab 01.10.2026
- Wahlen im landwirtschaftlichen Bereich: To-Dos und Fristen für LAK- und LK-Wahlen
- Straßenfahrzeug-Beschaffungsgesetz
- Community Nursing: Heterogene Weiterführung 2026
- Urheberrechtsvergütung nach § 42g UrhG
- Baukartell: 146 Mio. € Geldbuße für Strabag — Schadensabwicklung läuft

AUS DEM BUND · 2.5

Cybersecurity: NISG 2026 für Gemeinden

Inkrafttreten am 1. Oktober 2026 — Wichtige Hilfsmittel

- Betroffen: Wasser-/Abwasser-/Energieversorger, Abfallwirtschaft ab 50 MA oder 10 Mio. € Jahresumsatz
- Registrierungspflicht: Betroffene Einrichtungen müssen sich bis 31.12.2026 registrieren
- clever-data-Fragebogen (DI Kurt Berthold) zur vereinfachten Betroffenheitsanalyse verfügbar
- Zivilrechtlicher Stolperstein „Lieferkette“: Sicherheitspflichten müssen im Beschaffungsvertrag fixiert werden
- Was nicht vereinbart ist, ist am Ende vom IT-Dienstleister rechtlich nicht geschuldet

AUS DEM BUND · 2.6

Resilienz kritischer Einrichtungen (RKEG)

Schwellenwertverordnung (RKEV) am 14. April 2026 veröffentlicht

- RKEG ergänzt das NISG 2026 auf physischer Ebene (Sabotage, Naturkatastrophen etc.)
- BMI hat am 14.04.2026 die Schwellenwertverordnung erlassen, um betroffene Betriebe zu identifizieren
- Identifizierung läuft derzeit direkt über BMI und Landesregierungen

AUS DEM BUND · 2.7

Finanzierung Eisenbahninfrastruktur

Auslegungsleitfaden, P&R-Richtlinie, neue Musterverträge

- Grundsätzlich gilt: keine Gemeinde ist gesetzlich verpflichtet, Beiträge zu leisten (Ausnahme: Eisenbahnkreuzungen)
- Park & Ride Anlagen: neue Richtlinie bringt Entlastung (Module: Komplettübernahme, Energieerzeugung, Zufahrtssystem)
- Sonstige Infrastruktur (Haltestellen, Bahnhöfe, Vorplätze etc.): neuer Auslegungsleitfaden
- Entlastung bei Verkehrsstationen durch Übernahme der Kosten durch Länder
- Klärung noch erforderlich, ob alle Verkehrsstationen oder nur jene mit 1.000 Ein- und Aussteigern (500 Fahrgästen)
- Bis dato hat nur Tirol eine Abschlagsvereinbarung mit der ÖBB abgeschlossen
- Musterverträge wurden ausgearbeitet
- Derzeitige Situation (Gleich ob EKs oder P&R oder Haltestellen etc.): finanziell trifft es die Standortgemeinde
- Vorschlag zu diskutieren: Finanzierungsfonds, aus dem die Infrastruktur finanziert wird

AUS DEM BUND · 2.8

Bürokratieabbau bei Volksbegehren

Entwurf Novelle Volksbegehrengesetz

- Reduktion der “Rückvergütung” der Gebühren vom 5-fachen auf das 2-fache (VB sind kein Geschäftsmodell)
- Wegfall des Eintragungszeitraums – stattdessen zweijähriger Unterstützungszeitraum (analog zur EU-Bürgerinitiative)
- Die letzte Eintragungswoche hat gezeigt, dass das Gros der Unterschriften digital erfolgt
- In Summe 90% der Stimmen erfolgen online, jene analogen Stimmen zu einem Großteil während Parteiverkehrszeiten
- Umfrage bei Städten und Gemeinden bestätigen Situation:
- Krispl: Zustrom gegen Null — Bürger nutzen fast nur noch ID Austria
- Kuchl: Nur 1 persönliche Eintragung in der gesamten Eintragungswoche Juni 2026
- Linz liefert den Großstadt-Beweis: Nur 203 persönliche Eintragungen bei 5 parallelen Volksbegehren
- BMI (Mag. Gregor Wenda): Gute Chancen für Reform im Volksbegehrengesetz 2027 (VoBeG 2027)
- ABER: Entschädigung für Gemeinden soll deutlich gekürzt werden (derzeit 44 Cent/Stimmbereichtigten)

AUS DEM BUND · 2.9

Straßenfahrzeug-Beschaffungsgesetz

Zweiter Bezugszeitraum begonnen

- Erster Bezugszeitraum Ende 2025 abgeschlossen, neuer Bezugszeitraum bis 31. Dezember 2030
- Strengere Mindestanteile an sauberen Fahrzeugen:
  - 38,5% Nullemissionsfahrzeuge,
  - 15% saubere LKW,
  - 65% saubere Busse (davon die Hälfte Nullemissionsfahrzeuge)
- Sonstige Bestimmungen bleiben aufrecht (Fahrzeugkategorien, Ausnahmen, Abrundungsverbot etc.)
- Drakonische Strafbestimmungen unverändert
- Fortlaufende Beobachtung der Einhaltung der Quoten wichtig

AUS DEM BUND · 2.10

Vergaberecht: eForms ab 1. Oktober 2026

Zwingende Umstellung der Veröffentlichungsplattformen

- Alle EU-weiten und nationalen Bekanntmachungen müssen auf das eForms-Format umgestellt werden
- Stichtag 1. Oktober 2026 — Bekanntmachungen im alten Format sind danach rechtlich unwirksam
- Gemeinden müssen Vergabeplattformen und interne Schnittstellen fristgerecht eForms-kompatibel machen

AUS DEM BUND · 2.11

Wer wählt die Landarbeiterkammer?

Umfrage des Städtebundes zu den Zuständigkeiten

- Problem: Manche Gemeinden wickeln die LAK-Wahl administrativ ab, obwohl sachlich kaum Bezug besteht
- Niederösterreich: JA — Gemeinden voll zur Durchführung verpflichtet
- Salzburg: Beschränkte Mitarbeit; Tirol: reine Briefwahl ohne Gemeinden
- Kärnten: Seit 2011 nicht mehr durch Gemeinden durchgeführt
- OÖ, Steiermark, Vorarlberg: Gemeinden nicht betroffen bzw. keine LAK vorhanden

AUS DEM BUND · 2.12

Urheberrechtsvergütung nach § 42g UrhG

Einigung mit AKM erzielt

- Gemeinden zahlen bereits bis zu vier Vergütungen:
  - Filmaufführungen – Vereinbarung
  - Reprographievergütung – Vereinbarung
  - Speichermedienvergütung – bei Ankauf
  - Vergütung Vervielfältigungsgeräte – bei Ankauf
- Neue Vergütung: digitale Nutzung in Unterricht und Lehre gemäß § 42g UrhG
- Anspruch dem Grunde nach außer Zweifel – die Höhe war zu verhandeln
- AKM forderte gleichen Betrag wie vom Bund (17,8 Cent/Schüler)
- Empfehlung der kommunalen Spitzenverbände an alle Gemeinden (wird erst nach Abschluss der Vereinbarung der AKM mit Ländern ausgesprochen): 14,4 Cent/Schüler
- Einhebung des Betrags wird wie schon hinsichtlich zweier anderer Beträge vom Land übernommen

AUS DEM BUND · 2.13

Landwirtschaftskammerwahl 2027

To-Dos und Fristen für oberösterreichische Gemeinden

- Termin voraussichtlich Jänner 2027
- Dringende Frist: Montag, 24. August 2026 — Stellungnahme zu Wahlsprengeln
- Ohne Rückmeldung gilt das gesamte Gemeindegebiet als ein einziger Wahlsprengel
- Wahlsoftware NEU: Schulungs-Webinare für Gemeinden starten im Herbst

AUS DEM BUND · 2.14

Community Nursing: Status 2026

Heterogene Modelle nach Ende der EU-Pilotphase

- 117 Pilotprojekte (2022–2024) über EU-Mittel (RRF/ARP); Finanzierung nun im Pflegefondsgesetz verankert
- Burgenland: Integration in 8 Pflege- und Betreuungsregionen
- Kärnten: Vollständige Integration in die Pflegenahversorgung (bereits 120 Gemeinden)
- Salzburg: Landesweite Förderung eingestellt — Gemeinden finanzieren CN-nahe Angebote teils selbst
- Steiermark: 10 Projekte im Schlüssel 60:40, langfristige Finanzierung ab 2027 unsicher

AUS DEM BUND · 2.15

Update Baukartell: Schadensabwicklung

Letzte Bußgelder verhängt – Geltendmachung von Schadensersatz

- Baukartell-Verfahren mit letztem Bußgeld gegen Marko abgeschlossen; Strabag zu 146 Mio. € verurteilt
- In Summe rund 300 Mio. Euro Bußgelder verhängt
- Möglichkeiten der Geltendmachung von kommunalen Spitzenverbänden aufgezeigt:
- **BBG-Rahmenvereinbarung** zur Prozessfinanzierung: über 150 kommunale Organisationen bereits beteiligt
- Nächster Schritt: Ökonomische Schadensgutachten, danach Vergleichsgespräche
- **Direkte Vergleichsmöglichkeit** mit der Vereinigung Industrieller Bauunternehmungen Österreichs (VIBÖ) mit dem Ziel einer außergerichtlichen Einigung
- Verjährung: Risiko einer Verjährung im Oktober 2026 hinsichtlich Bauvorhaben Strabag

SÄULE 3: JUDIKATUR

Was gibt es Neues? – Judikatur

3

Höchstgerichtliche Entscheidungen für die kommunale Praxis

Referenten: Mag. Bernhard Haubenberger (Österreichischer Gemeindebund) · Dr. Johannes Schmid (Österreichischer Städtebund)

SÄULE 3: JUDIKATUR

Höchstgerichte im Dienst der Praxis

- VfGH G 43/2026: Innergemeindlicher Instanzenzug im IFG-Verfahren verfassungskonform ausgeschlossen
- Erste IFG-Judikatur: Über 60 LVwG-/BVwG-Entscheidungen klären den Begriff der „Information“
- Causa Wörgl (LVwG Tirol): Offenlegungspflicht für Verträge mit Stadtwerken
- Causa Hypo Vorarlberg (VfGH): Landesbanken unterliegen dem IFG
- VfGH-Gemeinderat-E-Mails: Keine Auskunftspflicht für private E-Mail-Adressen von Gemeinderäten
- OGH-Trinkwasserverunreinigung: Haftung von Abfallentsorgern bei Brunnenkontamination
- OGH-Wegerecht: Ersitzung von Gehwegen bleibt bei Gemeindezusammenlegungen aufrecht

JUDIKATUR · 3.1

VfGH G 43/2026: IFG - kein innergemeindlicher Instanzenzug

Erkenntnis vom 24. Juni 2026 — Klare Zuständigkeiten

- VfGH wies alle Anträge der LVwGs auf Aufhebung des § 11 Abs. 2 IFG ab
- § 11 Abs. 2 IFG schließt den innergemeindlichen Instanzenzug verfassungskonform aus
- „Berufungen“ gegen IFG-Bescheide dürfen vom Gemeinderat nicht behandelt werden
- Eingaben sind zwingend als Beschwerde direkt an das LVwG weiterzuleiten

JUDIKATUR · 3.2

Der Informationsbegriff im IFG

Erste Lehren aus über 60 Gerichtsentscheidungen

- Grundsatz: Das IFG erfasst nur bereits vorhandene und verfügbare, physische oder digitale Aufzeichnungen
- Rechtmäßig gelöschte Daten müssen nicht rekonstruiert werden (LVwG OÖ, 21.01.2026)
- Mündliche Auskünfte sind nicht erfasst (LVwG Kärnten, 13.11.2025)
- Das persönliche Gedächtnis von Organen ist keine auskunftspflichtige Aufzeichnung
- Keine Pflicht zur Neuschaffung von Daten, Berichten oder Fragebögen
- **ABER**: LVwG Salzburg (LVwG Sbg, 18. Februar 2026): "*Informationen sind auch dann schon vorhanden und verfügbar, wenn die dafür erforderlichen Angaben in einer Datenbank oder in Aktenschränken lagern und erst aus Anlass des Informationsbegehrens gesucht, extrahiert und zu einer Information in einem Dokument verarbeitet werden müssen. Die für die Information erforderlichen, aber ohnedies vorhandenen Angaben können nach der Rechtsansicht des Landesverwaltungsgerichtes Salzburg ohne unzumutbaren Aufwand redaktionell zusammengeführt werden.*"
- Amtsrevision beim VwGH

JUDIKATUR · 3.3

Causa Wörgl: Verträge mit Stadtwerken

LVwG Tirol (E 919/2026) — Pflicht zur Offenlegung

- Bürger verlangte Einsicht in einen seit 2000 bestehenden IT-Exklusivvertrag mit den Stadtwerken
- LVwG Tirol: Die Stadt muss den Vertrag offenlegen — pauschale Geheimhaltung greift nicht mehr
- VfGH-Erkenntnis Hypo Vorarlberg (30.06.2026): Auch Landes-/Gemeindebanken unterliegen dem IFG
- Ausnahme „börsennotierte Gesellschaften“ greift nicht bei bloßer Anleihenemission

JUDIKATUR · 3.4

OGH- & VfGH-Praxisentscheidungen

Trinkwasser, Wegerecht und Verfahrensdauer

- Trinkwasser-Haftung (OGH 1 Ob 10/25i): Abfallentsorger haften streng bei Verunreinigung von Gemeindebrunnen
- Wegerecht bei Fusionen (OGH 6 Ob 123/24t): Ersessene Wegerechte bleiben nach Gemeindezusammenlegung aufrecht
- E-Mail-Adressen von Gemeinderäten (VfGH): Kein Auskunftsrecht über private, teils fehlerhafte Adressen

SÄULE 4: INTERNES UND TERMINE

INTERNES

Internes, Termine und Arbeitsgruppen

4

Referenten: Mag. Bernhard Haubenberger (Österreichischer Gemeindebund) · Dr. Johannes Schmid (Österreichischer Städtebund)

ÖSTERREICHISCHER STÄDTEBUND · 4.1

Internes & Termine

- Index Transparente Gemeinde: Überarbeitung mit Transparency International (TI-AC) wegen des neuen IFG
- Städtetag-Rhythmus (Rundschreiben Nr. 11/2026): Umstellung auf zweijährigen Rhythmus
- Offboarding-Erhebung: Erste Ergebnisse zu Fluktuation und Austritt von Bediensteten liegen vor
- Terminvorschau: Nächste Tagung des Fachausschusses für Rechtsangelegenheiten (01/2027) in Leonding (OÖ)

ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND · 4.2

Internes & Termine

- Kommunale Sommergespräche in Bad Aussee von 2. bis 4. September 2026 (Bürgermeistertag am 2. September)
- 72. Österreichischer Gemeindetag am 1. und 2. Oktober 2026 in Salzburg

DANKE FÜR DIE AUFMERKSAMKEIT